

Stadt Leipzig • Amt 36 • 04092 Leipzig

Kommunale Wasserwerke
Leipzig GmbH
Postfach 10 03 53
04003 Leipzig

Kommunale Wasserwerke
Leipzig GmbH

05. Aug. 2025

Posteingang Poststelle

3

Amt für Umweltschutz

Abteilung Abfall-/Bodenschutz-
/Naturschutzrecht

Sachgebiet Naturschutzbehörde
Prager Straße 118 – 136, Haus A
04317 Leipzig

Bearbeiter/-in: Frau Demele
Raum: A.6 0
Tel.: 0341 123-3404
Fax: 0341 123-3405
E-Mail: umweltschutz@leipzig.de

Ihre Zeichen/Ihre Nachricht vom
04.02.2025

Unser Zeichen
36.45.11.01-2025/005018

Datum
01.08.2025

**Durchführung des Sächsischen Naturschutzgesetzes (SächsNatSchG);
Erlaubnis für die Sanierung des 2. Nördlichen Hauptsammlers im Rosental im Abschnitt
Dammweg bis Dükeroberhaupt am Elstermühlgraben in Leipzig Zentrum im
Landschaftsschutzgebiet "Leipziger Auwald"**

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf Grund Ihres Antrages vom 04.02.2025 wird Ihnen die

naturschutzrechtliche Erlaubnis

zur Durchführung der Maßnahme

Bezeichnung: Sanierung des 2. Nördlichen Hauptsammlers im Rosental im Abschnitt Dammweg bis
Dükeroberhaupt am Elstermühlgraben in Leipzig Zentrum

Ort: Dammweg bis Marienweg, Leipzig

im Landschaftsschutzgebiet „Leipziger Auwald“ **antragsgemäß** erteilt.

Die Erlaubnis wird widerrufenlich erteilt.

Die Erlaubnis wird mit folgenden **Auflagen** verbunden:

1. Baubeginn und Bauende sind der Naturschutzbehörde schriftlich mitzuteilen.
2. Das Abstellen und Betanken von Maschinen sowie das Lagern von Baumaterialien hat nur auf befestigten Flächen zu erfolgen.
3. Bei der Ausführung des Vorhabens sind die DIN 18920 (Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen) und die RAS-LP 4 (Richtlinie für die Anlage von

Straßen, Teil: Landschaftspflege, Abschnitt 4: 'Schutz von Bäumen Vegetationsbeständen und Tieren bei Baumaßnahmen einzuhalten

4. Die Festlegungen zu Vermeidungs-, Schutz- und Kompensationsmaßnahmen in der Unterlage „Landschaftspflegerischer Begleitplan“ des Büros „Viresco“ vom 31. Januar 2025 sind vollständig einzuhalten und zu berücksichtigen.
5. Das Vorhaben ist durch eine ökologische Baubegleitung zu überwachen. Der Naturschutzbehörde sind regelmäßig (zweiwöchentlich, bei besonderen Vorkommnissen öfter) Protokolle dieser Überwachung schriftlich zu übermitteln.
6. Die Umsetzung der Kompensationsmaßnahmen ist spätestens in der auf das Ende der Baumaßnahme folgenden Pflanzperiode zu realisieren. Die Umsetzung ist der Naturschutzbehörde schriftlich unter Vorlage einer Fotodokumentation anzuzeigen.
7. Lagern von Aushub sowie das Warten, Abstellen und Betanken von Fahrzeugen hat auf vegetationslosen Flächen zu erfolgen. Nach Beendigung der Bauarbeiten ist der ursprüngliche Zustand der beanspruchten Flächen wiederherzustellen.
8. Dieser Bescheid ist am Maßnahmeort mitzuführen oder bereit zu halten und auf Verlangen gegenüber Bediensteten der Stadt Leipzig, ehrenamtlichen Mitarbeitern des Naturschutzdienstes, Bediensteten der Landesdirektion Sachsen und der Polizei vorzuweisen

Auflagenvorbehalt:

Die nachträgliche Aufnahme, Änderung und Ergänzung von Auflagen, bleibt vorbehalten. Dies bezieht sich auch auf mündliche Anordnungen vor Ort.

Kostenentscheidung

Der Antragsteller hat die Kosten des Verfahrens zu tragen. Für den Erlass des Bescheides wird eine Verwaltungsgebühr von **134,72 EUR** festgesetzt. Auslagen sind nicht angefallen. Der Betrag ist unter Angabe des Kassenzeichens (Cod. Zahlungsgrund) **508170267277** bis zum **29.08.2025** unter Verwendung der auf der ersten Seite genannten Bankverbindungen einzuzahlen.

Gründe

I. Sachverhalt

Mit Schreiben vom 04.02.2025 haben Sie eine Genehmigung zur Sanierung des 2. Nördlichen Hauptsammlers im Rosental im Bereich zwischen Dammweg und Dükeroberhaupt am Elstermühlgraben beantragt. Mit dem Vorhaben verbunden sind Eingriffe in Gehölzbereiche sowie weitere unversiegelte Vegetationsflächen. Der Bauzeitraum ist für die Jahre 2025 bis 2027, jeweils im Herbst und Winter, vorgesehen. Die Durchführung des Sanierungsvorhabens erfordert die Errichtung von insgesamt vier Einziehgruben, eine Interimsentwässerung, die Errichtung von Baustraßen und Baustelleneinrichtungen sowie Eingriffe in Gehölz- und andere Vegetationsbestände.

Bestandteil der Antragsunterlagen waren ein Landschaftspflegerischer Begleitplan sowie eine FFH-/SPA-Erheblichkeitsabschätzung des Büros Viresco.

Die vom Vorhaben betroffenen Flurstücke liegen im Landschaftsschutzgebiet (LSG) „Leipziger Auwald“ sowie im gleichnamigen Vogelschutzgebiet.

II. Rechtliche Ausführungen

Gemäß LSG-Verordnung (Verordnung des Regierungspräsidiums Leipzig vom 8. Juni 1998, SächsGVBl. S. 302) bedarf die Verlegung und Änderung ober- und unterirdischer Leitungen der schriftlichen Erlaubnis der jeweils zuständigen unteren Naturschutzbehörde (§ 5 Abs. 2 Nr. 15 der o. g. Verordnung).

Für die Erteilung dieser Erlaubnis ist die Kreisfreie Stadt Leipzig als untere Naturschutzbehörde örtlich und sachlich zuständig (§ 40 Abs. 1 Nr. 3 SächsNatSchG und § 5 Abs. 1 o. g. Verordnung).

Die Erlaubnis ist zu erteilen, wenn die erlaubnispflichtigen Handlungen nicht den Charakter des Gebietes verändern, den Naturhaushalt schädigen, das Landschaftsbild und den Naturgenuss beeinträchtigen oder auf andere Weise dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen oder solche Wirkungen durch Auflagen oder Bedingungen abgewendet werden können. Sie kann mit Auflagen, unter Bedingungen, befristet oder

widerruflich erteilt werden, wenn dadurch erreicht wird, dass die Wirkungen der Handlung dem Schutzzweck nur unwesentlich zuwiderlaufen (§ 5 Abs. 3 i. V. m. § 4 Abs. 1 o. g. Verordnung).

Die Erlaubnis war im vorliegenden Fall zu erteilen, weil mit den festgesetzten Auflagen, dem Auflagenvorbehalt und dem Widerrufsvorbehalt Wirkungen der Maßnahme abgewendet werden, welche den Charakter des Landschaftsschutzgebietes verändern, den Naturhaushalt schädigen, das Landschaftsbild und den Naturgenuss beeinträchtigen oder auf andere Weise dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen.

Die durch die beantragte Baumaßnahme betroffenen Flächen liegen vollständig im Europäischen Vogelschutzgebiet „Leipziger Auwald“ (Verordnung des Regierungspräsidiums Leipzig zur Bestimmung des Europäischen Vogelschutzgebietes „Leipziger Auwald“ vom 27. Oktober 2006 (SächsABl. SDR. S. S 258)).

Es kann erwartet werden, dass eine Baumaßnahme wie die beantragte die Erhaltungsziele der Grundschutzverordnung beeinträchtigt.

Unter § 3 schreibt die Grundschutzverordnung die Erhaltungsziele fest und beschreibt in den Absätzen 4 und 5, dass dem Leipziger Auwald eine „herausragende Funktion als Wasservogellebensraum und bedeutendes Nahrungs- und Rastgebiet für durchziehende Wasservogelarten zukommt. Ziel ist es, einen günstigen Erhaltungszustand der genannten Vogelarten und damit eine ausreichende Vielfalt, Ausstattung und Flächengröße ihrer Lebensräume und Lebensstätten innerhalb des Vogelschutzgebietes zu erhalten oder diesen wiederherzustellen, wobei bestehende funktionale Zusammenhänge zu berücksichtigen sind.“

Gem. § 34 Abs.1 BNatSchG kann der Antragsteller die untere Naturschutzbehörde in die Lage versetzen, eine Beeinträchtigung des Vogelschutzgebiets auszuschließen. Vorliegend kann die Verträglichkeit mit den für das gegenständliche Gebiet und die in der Grundschutzverordnung festgelegten Erhaltungsziele angenommen werden.

Die Betroffenheit des Vogelschutzgebietes sowie die Auswirkungen auf artenschutzrechtliche Belange wurden in einer FFH-Erheblichkeitsabschätzung untersucht mit dem Ergebnis, dass durch das Vorhaben keine Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele des SPA „Leipziger Auwald“ zu erwarten sind und nachrichtlich an die untere Naturschutzbehörde übermittelt. Die Unterlagen bestätigen die Einschätzungen zur Verträglichkeit des Vorhabens mit den betroffenen Schutzgebieten und bescheinigen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung der geschützten Arten und ihrer Lebensräume und damit der für das Vogelschutzgebiet „Leipziger Auwald“ maßgeblichen Bestandteile durch das geplante Bauvorhaben „Sanierung 2. Nördlicher Hauptsammler zwischen Dammweg und Dükeroberhaupt Elstermühlgraben“ nicht prognostiziert werden kann. Ein Zusammenwirken mit anderen Plänen oder Projekten, welches dazu führen könnte, dass die ermittelten Auswirkungen zu erheblichen Beeinträchtigungen führen könnten, kann gegenwärtig ausgeschlossen werden.

Dieses Prüfergebnis macht sich die untere Naturschutzbehörde zu eigen. Eine Beeinträchtigung des Europäischen Vogelschutzgebiets i. V. m. der zugrundeliegenden Grundschutzverordnung kann ausgeschlossen werden.

Für den Erlass dieses Bescheides als individuell zurechenbare öffentlich-rechtliche Leistung (Amtshandlung) sind Gebühren und Auslagen (Verwaltungskosten) zu erheben (§ 1ff SächsVwKG). Die Höhe der Verwaltungsgebühr ergibt sich entsprechend § 3 (1) SächsVwKG aus einem Kostenverzeichnis. Für die vorliegende Amtshandlung ist im 10. SächsKVZ (lfd. Nr. 71, Tarifstelle 6) ein Gebührenrahmen von 10 bis 5.000 EUR eröffnet worden. Entsprechend dem Verwaltungsaufwand und der Bedeutung der Angelegenheit erscheint für dieses Verfahren die festgesetzte Gebühr angemessen (§ 4 SächsVwKG). Auslagen sind nicht angefallen.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift bei der Stadt Leipzig Sitzanschrift in 04109 Leipzig, Martin-Luther- Ring 4-6, (Besucheranschrift: Amt für Umweltschutz, Prager Straße 118-136) Widerspruch eingelegt werden. Der Widerspruch kann auch in elektronischer Form gemäß § 3a Abs. 2 Verwaltungsverfahrensgesetz eingelegt werden. Hierfür stehen folgende Möglichkeiten zur Verfügung:

1. Der Widerspruch kann unter umweltschutz@leipzig.de durch E-Mail oder über das „Mein Justiz-Postfach“ jeweils mit qualifizierter elektronischer Signatur gemäß § 3a Abs. 2 S. 2, 3 VwVfG erhoben werden
2. Der Widerspruch kann über das besondere Behördenpostfach (beBPo) Stadt Leipzig – Allgemeiner Posteingang mit elektronischer Signatur aus folgenden besonderen elektronischen Postfächern erhoben werden:
 - a) Gemäß § 3a Abs. 3 Nr. 2 lit. a) VwVfG aus einem besonderen elektronischen Anwaltspostfach nach §§ 31a, 31b Bundesrechtsanwaltsordnung oder aus einem entsprechenden, auf gesetzlichen Grundlagen errichteten elektronischen Postfach.
 - b) Gemäß § 3a Abs. 3 Nr. 2 lit. b) VwVfG aus einem elektronischen Postfach einer Behörde oder juristischen Person des öffentlichen Rechts nach Durchführung eines Identifizierungsverfahrens auf Grundlage einer nach § 130a Abs. 2 S. 2 Zivilprozessordnung erlassenen Rechtsverordnung.
 - c) Gemäß § 3a Abs. 3 Nr. 2 lit. c) VwVfG aus einem elektronischen Postfach einer natürlichen oder juristischen Person oder sonstigen Vereinigung nach Durchführung des Identifizierungsverfahrens auf Grundlage einer nach § 130a Abs. 2 S. 2 Zivilprozessordnung erlassenen Rechtsverordnung.
3. Der Widerspruch kann auch unter info@leipzig.de-mail.de durch De-Mail in der Sendevariante mit bestätigter sicherer Anmeldung gemäß § 5 Abs. 5 De-Mail-Gesetz erhoben werden.

Die Einlegung durch einfache E-Mail wahrt die Form nicht.

Hinweis

Dieser Bescheid ersetzt keine Gestattung (Bewilligung, Erlaubnis, Genehmigung, Zustimmung oder sonstige Entscheidung) nach anderen Rechtsvorschriften.

Freundliche Grüße

im Auftrag



Barbara Demele
Sachbearbeiterin
Naturschutzbehörde